

„Unsere Gesellschaft steht vor einer tiefen Spaltung. Dieses Buch macht deutlich, warum wir uns vom Traum einer gerechten Gesellschaft verabschieden müssen. Immer mehr Menschen sind von den Segnungen des Wohlstands ausgeschlossen und haben keine Hoffnung, dass sich daran etwas ändert. Lebensläufe, die man für solide hielt, geraten ins Schlingern, weil Arbeitsplätze, die man sicher glaubte, wegbrechen. Ungelernte Aushilfskräfte kann es genauso treffen wie hochqualifizierte Wissenschaftler. Heinz Bude, einer der besten Kenner der deutschen Gesellschaft, entwirft zum ersten Mal ein umfassendes Bild jener zerklüfteten Verhältnisse, die in Zukunft immer stärker unsere Gesellschaft prägen werden. Jetzt ist es Zeit, darüber zu diskutieren, wie wir künftig leben wollen.“

So preist der Klappentext das neue Buch des Professors für „Makrosoziologie“ an der Universität Kassel an.

Der Sozialwissenschaftler Christian Girschner hat für uns das Buch rezensiert.

Sein Fazit: Das Buch „Die Ausgeschlossenen“ ist eine ideologische Rechtfertigungsgrundlage für eine Politik der „neuen Mitte“, die nicht mehr über die ungleiche Verteilung des Reichtums sprechen will, weil man sich von jeden politischen Ansatz der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums (einschließlich einer keynesianisch orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik) längst verabschiedet und diese durch eine sozial-politische Metaphorik der noch zu realisierenden „Chancen- und Leistungsgerechtigkeit“ ersetzt hat.

## **Die Sozialwissenschaft der „neuen Mitte“: Neoliberaler Zeitgeist im Gewand der Soziologie.**

### **Anmerkungen zu dem Buch „Die Ausgeschlossenen“ von Heinz Bude**

*Von Christian Girschner*

„Genieren wir uns nicht. Seien wir unmodern. Sprechen wir über Kapitalismus.“  
Günther Anders [1]

1. An den neoliberalen Zeitgeist in den Medien und in der Politik hat man sich inzwischen gewöhnt. Ebenso hat man sich damit abgefunden, dass die hiesige Wirtschaftswissenschaft weitgehend nur noch neoliberale Phrasen absondert. Ausnahmen davon bestätigen die Regel. Es ist bekannt, dass an den so genannten Hartz-Arbeitsmarktreformen neoliberale Soziologen mitgewirkt haben. Trotzdem bin ich verärgert, wenn sich nun eine neue soziologische Literaturgattung in der Öffentlichkeit verbreitet, die vorgibt, einen kritischen Blick auf die sozialen Missstände zu geben, aber stattdessen unter der Hand nur alt bekannte (neo)liberale Erklärungsmodelle popularisiert. Diese unausgesprochene Mission scheint das

inzwischen weit verbreitete und bekannte Buch „Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft“ von Heinz Bude zu erfüllen [2]. Dieser Umstand erklärt vermutlich den Erfolg dieses Buches [3]. Denn mit diesem Buch kann die >neue Mitte< auch die letzten Reste eines schlechten Gewissens wegen "Hartz IV" und gegenüber "den da unten" beruhigt entsorgen.

2. Der Autor verkündet in seinem Buch, ein „Stück öffentliche Soziologie“ über die „Ausgeschlossenen“ abzuhandeln. Es wendet sich „an Bürgerinnen und Bürger“, „denen die öffentlichen Angelegenheiten am Herzen liegen“ (ebd., 7). So will H. Bude diesen Bürgern die aktuellen Erkenntnisse der Soziologie nahe bringen, die eben die allgegenwärtig anzutreffende „Begriffsblindheit und Erfahrungsleere auf unsere Gesellschaft hinter sich“ gelassen hat. Außerdem hält diese Soziologie „Distanz zu den sozialwissenschaftlichen Forschungen im Dienste eines politischen Auftrages.“ Damit soll die „Unvoreingenommenheit des soziologischen Blicks“ sichergestellt werden, die sich schließlich darin äußert, keine Vorschläge für das politische Handeln zu entwickeln, „wie man es besser machen kann, sondern stellt nüchtern dar, was Sache ist. Sie will die Öffentlichkeit in erster Linie über die gesellschaftlichen Verhältnisse aufklären“ (ebd. 8). „Nur“, so wird von Bude angefügt, „dann begreift man wirklich, dass das Ganze auch anders sein kann.“ (ebd.) Leider löst der Autor dieses Versprechen nicht ein. Einerseits entpuppt sich die >sachliche< und >wertneutrale< Argumentation als nachträgliche Rechtfertigung der rot-grünen Agenda 2010. Andererseits fehlt ihm für sein Diktum, „das Ganze“ könne „auch anders sein“, ein Begriff des >guten Lebens<, was eine notwendige Voraussetzung für eine Kritik an den zu verändernden „gesellschaftlichen Verhältnissen“ ist.
3. Auf der einen Seite werden in dem Buch vor allem mit Hilfe von Fallbeispielen der soziale Status, die Verhaltensweisen und die Zusammensetzung der „Ausgeschlossenen“ beschrieben. Dies erfolgt in der Regel als Momentaufnahme, die völlig von historischen Entwicklungszusammenhängen und politik-ökonomischen Herrschafts- und Machtstrukturen abstrahiert. Sowieso ist es ein hervorstechendes Kennzeichen des Buches, dass über die kapitalistischen Herrschafts- und Machtverhältnisse bzw. -zusammenhänge geschwiegen wird. Entsprechend verwendet Bude die Begriffe wie Herrschaft, Macht und Klassen erst gar nicht. Hinzu kommt, dass der Autor in der Behandlung seines ausgewählten „sozialen Objekts“ (ebd., 8) das Kunststück schafft, auf politische, ideologische, soziale und ökonomische Interessen und Konflikte mit keinem Wort einzugehen; sie werden schlichtweg unter den Teppich gekehrt. Andererseits wird diese weitgehend beschreibende Seite in ein neoliberal-konservatives Korsett über die Herausbildung der „Unterschicht“ geschnürt. Der mit keinem Wort vom Autor legitimierte Rückgriff auf die sattsam bekannte neoliberale

Ideologie, die als solche auch nicht benannt wird, bedingt das Fehlen eines gesellschaftskritischen Zugriffs auf die kapitalistisch verfasste Gesellschaft und Ökonomie. Es ist deshalb keineswegs überraschend, dass Bude nicht die wegweisende Analyse von Bourdieu über den sich durchsetzenden Neoliberalismus und die daraus entspringenden sozialen Folgen [4] aufgreift und daran anknüpft.

4. Die von Bude übernommene neoliberale Kritik an den sozialstaatlichen Sicherungssystemen findet sich bereits im frühkapitalistischen Liberalismus wieder [5] und erlebte in den siebziger und achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts ihren argumentativen Höhepunkt gegen eine keynesianisch orientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik: Danach sind die Bedürftigen faul und arbeitsscheu, unselbständig, gierig und bilden eine Kultur der Abhängigkeit heraus; kurzum, die staatliche Wohltätigkeit ist selbst die Ursache für Armut und Bedürftigkeit [6]. Bude gibt diese liberal-konservative Kritik als allgemeinverbindliche Einsicht der Soziologie aus, denn er „stellt“ ja nur „nüchtern dar, was Sache ist“, wenn er ausführt:

„Der von der Soziologie heute angebotene (...) Exklusionsbegriff belegt das Ende dieser großen Erzählung einer schrittweisen Bewältigung der sozialen Frage durch eine erweiterte Integration der Gesellschaft. Die Umstellung von Kategorien des Mangels und des Privilegs auf eine des Ausschlusses und des Makels hat mit einer Ernüchterung des Fortschrittsglaubens in unserer Gesellschaft zu tun. Die betrifft zuerst den Glauben an die Leistungen des Wohlfahrtsstaats. In allen Ländern des OECD-Raums, (...), hat sich die Einsicht durchgesetzt, dass es nicht allein die von der Allgemeinheit in Form staatlicher Transfereinkommen bereitgestellten Mittel sind, die über die Art und Weise der gesellschaftlichen Teilhabe entscheiden. Im Gegenteil: Die Überzeugung, soziale Benachteiligungen durch individuell zuerkannte und verabreichte Zahlungen auszugleichen, hat zur Züchtung einer Kultur der Abhängigkeit geführt, die die Leute zu Klienten einer Anstalt anstatt zu Herren über ihr eigenes Leben gemacht hat. Die Finanzierungsprobleme des Wohlfahrtsstaates haben nur seine inneren Pathologien aufgedeckt, wonach man Defizite unter Beweis stellen muss, um Anrechte sicherzustellen und Leistungen zu begründen. Das ursprüngliche Prinzip, Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren, hat sich in sein Gegenteil, nämlich in die Verfestigung von Wohlfahrtsabhängigkeit, verwandelt. Man soll sich nichts vormachen: Wer von der Wohlfahrt lebt, schrieb schon Tocqueville 1835, ist ohne Furcht, aber auch ohne Hoffnung. Daran würde sich auch nichts ändern, wenn wieder mehr Geld für Arbeitslose, Arbeitsunfähige und Arme zur Verfügung stehen würde.“ (ebd., 16f.; Herv. C.G.)

Wesentlich scheint mir hier zu sein, dass Bude seine neoliberale Publikation mit einem

Konstrukt beginnt: Vor einigen Jahrzehnten soll es eine „große Erzählung“ und einen „Fortschrittsglauben“ nicht nur in Deutschland gegeben haben, wonach eine „Bewältigung der sozialen Frage“ angestrebt wurde, dies wird im Untertitel des Buches als „Traum einer gerechten Gesellschaft“ bezeichnet. Nur bleibt uns der Autor die Antwort darauf schuldig, wie denn dieser „Traum“ konkret aussah und wer diesen durchsetzen wollte. Die Gesellschaft? Was oder wer soll das sein? So wird also ernsthaft behauptet, dass die Gesellschaft an sich (also irgendwie unabhängig von allen Parteien, Interessengruppen, Unternehmerverbänden, politik-ökonomischen Interessengegensätzen und Herrschafts- wie Machtstrukturen) diesen „Traum“ bzw. die „große Erzählung“ von einer „gerechten Gesellschaft“ durchsetzen wollte. Diese fiktionale Unterstellung einer über alle sozialen, politischen, ideologischen und ökonomischen Interessengegensätzen hinweg gültige Zielbestimmung der bundesdeutschen Gesellschaft wendet der Verfasser m.E. deswegen an, um anschließend umso eindruckvoller behaupten zu können, wie sehr sich doch die armselige soziale Realität an diesem von ihm erdichteten wie diffus gehaltenen Maßstab blamieren musste, damit das „Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft“ und den neoliberalen „Umbau“ des Sozialstaates zwangsläufig und alternativlos einleitete. Dies erspart dem Autor die gewaltige Arbeit, die ideologischen, ökonomischen und politischen Akteure dieses gesellschaftlichen Transformationsprozesses zu benennen und die damit verbundenen herrschaftlichen Hintergründe und Ziele aufzudecken.

5. Damit der erfundene Traum von der gerechten Gesellschaft, die die Gesellschaft realisieren wollte, dann doch nicht völlig inhaltsleer bleibt, fabuliert Bude sich z.B. folgendes zusammen: „Sprichwörtlich war es zu Beginn der sechziger Jahre das katholische Mädchen aus einem Arbeiterhaushalt vom Lande, dessen krasse Unterprivilegierung den massiven Ausbau des Bildungswesens begründete.“ (ebd., 15) Dass die einsetzende Bildungsreform ganz andere, nämlich ökonomische Gründe hatte, wird mit keinem Wort erwähnt. Der Autor ist von der wirkungsmächtigen „großen Erzählung“ als Antriebsmotor für die damaligen Reformen so sehr überzeugt, dass er nicht mehr zur Kenntnis nehmen will, dass die Hochschulzugangshürden für die so genannten bildungsfernen Schichten reduziert wurden, weil die Unternehmen und der Staat dank des >Wirtschaftswunders< mehr hoch qualifizierte Arbeitskräfte benötigten, als die alte und kleine bildungsbürgerliche Schicht dafür aufbringen konnte. Hätte es wirklich einen gesellschaftlich anerkannten und übergreifenden Traum von einer gerechten Gesellschaft gegeben, wie Bude unterstellt, warum hat man dann nie das dreigliedrige Schulsystem und die Selektion an den Schulen abgeschafft, damit jeder bzw. jede einen guten Bildungsstand hätte erwerben können?

Auch die in den siebziger Jahren und heute immer noch bei vielen Menschen hoch im Kurs stehende „sozialdemokratische“ Forderung nach Chancengleichheit im Bildungswesen will die Selektion in den Schulen nicht abschaffen, sondern den zu lernenden Bildungsinhalt weiterhin nur als Mittel für die Selektion nutzen, nicht aber die Bildung jenseits aller ökonomischen Berechnungen als Selbstzweck institutionalisieren. Selbst heutzutage geht die bildungsbürgerliche Mitte in diesem Land immer noch gern auf die Barrikaden, wenn jemand das dreigliedrige Schulsystem abschaffen will, und dies war früher noch viel stärker ausgeprägt. Bude muss aber von solchen sozioökonomischen Interessen und Konflikten radikal abstrahieren, weil sich sonst seine Behauptung von der reformantreibenden "großen Erzählung" in Luft auflösen würde.

6. Wie oben schon zu ersehen war, wird einem bei Bude der sattsam bekannte neoliberale Wortschatz zur Denunziation des Sozialstaates um die Ohren gehauen, um uns so ein Zerrbild über die Funktions- und Arbeitsweise der bundesdeutschen Arbeitsvermittlung und sozialen Sicherung vor den „Hartz-Reformen“ zu zeichnen. Damit reproduziert Bude ohne Ansatz eines kritischen Hinterfragens die neoliberale Staatspropaganda. Genauer gesagt, hier wird das vorgegebene neoliberale Sprachuniversum „nachgeplappert“, welches nichts anderes als Manipulation und Herrschaft beinhaltet, um die Mitglieder der Gesellschaft zu formieren und zu unterwerfen. Der Soziologe sitzt also einer falschen sprachlichen und praktischen Konkretheit der Machtelite auf, „einer Konkretheit, die von den Bedingungen, die ihre Wirklichkeit ausmachen, isoliert ist.“ [7] Die vom Verfasser verwendete Eingangsformulierung, er „stellt nüchtern dar, was Sache ist“ und halte „Distanz“ zu „Forschungen im Dienste eines politischen Auftrages“, entpuppt sich als Verschleierungsmethode für seine tatsächlich erfolgte ideologische und herrschaftskonforme „Indienstnahme (...) für außerwissenschaftliche Mächte“ [8], genauer: Er beteiligt sich ungeniert an der von der Machtelite angeordneten Fabrikation von Konsens, um ihr neoliberales Herrschaftsprojekt reibungsloser durchzusetzen und abzusichern.

Folgerichtig wird wie in der neoliberalen Propaganda die Ursache für die strukturelle Arbeitslosigkeit nicht im Fehlen von Arbeitsplätzen gesehen, sondern (i) in einer ineffizienten staatlichen Arbeitsvermittlung, (ii) in der Existenz von sozialen Schutzrechten und (iii) den zu hohen Lohnersatzleistungen für die Erwerbslosen. In diesem Sinne wird auch der unter Kanzler G. Schröder (SPD) eingeführte „Wohlfahrtsstaat neuen Typs“ nicht kritisiert, sondern legitimiert, wenn Bude erneut die neoliberalen Sprachhülsen wiederholt: Der „neue Wohlfahrtsstaat“ dulde bei den Erwerbslosen keine „Passivität“ und „erlernte“ „Hilflosigkeit“ mehr:

„Das ist der Wohlfahrtsstaat neuen Typs, der gesellschaftlich brachliegende Arbeitskraft nicht mehr nur verwalten und stillstellen, sondern für „dynamische Arbeitsmärkte<sup>2</sup> befähigen und aktivieren will. Also keine Frühverrentungsprogramme und Arbeitszeitverkürzungsregelungen mehr, sondern „lebenslanges Lernen“ bei verlängerter Lebensarbeitszeit. „Fordern und Fördern“ lautet die Parole. Der „aktivierende“ (...) Wohlfahrtsstaat soll die Leute nicht mehr vor der Anarchie der Märkte schützen, sondern sie zum Mitgehen verleiten und auf den Wechsel einstellen. Nicht Politik gegen, sondern für Märkte ist das leitende Prinzip [9]. Dafür dass das muffig riechende Arbeitsamt zu einem farbig gestalteten „Jobcenter“ aufgepeppt werden. An die Stelle von Versorgung im Anstaltsstaat tritt das „Assessment“ nach den Prinzipien der „Beschäftigungsfähigkeit“.“ (ebd., 27f.; Herv. C.G.)

Aufgrund der nicht vom Autor eingestandenen Parteinahme für die Agenda 2010-Politik (ebd., 28) muss man sich dann auch nicht mehr über folgendes wundern: Die historisch einschneidenden sozialen und rechtlichen Verschlechterungen für die Erwerbslosen durch die Hartz-„Reformen“ werden mit keinem Wort erwähnt, obwohl das Buch doch über die „Ausgeschlossenen“ handeln soll. Dem Autor sind daher die nachstehenden Stichwörter über Hartz IV keine Zeile wert: Vermögensenteignung, Entrechtung, Verfolgungsbetreuung und Schikane, Senkung der Arbeitslosenhilfe unter das sozial-kulturelle Existenzminimum, die Verdoppelung der Kinderarmut, das Hineinprügeln in Mini- und Niedriglohnjobs, Ersetzung von Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen durch Trainingsverpflichtungen und Ein-Euro-Jobs, grundgesetzwidrige „Eingliederungsverträge“, Zwangsumzüge, Hausdurchsuchungen (Verzeihung: „-besuche“), Kontrollanrufe, Sanktionen bis hin zur völligen Streichung der Geldleistungen, den staatlich bzw. politisch angeordneten und von Medienkonzernen fortgesetzten Hetzkampagnen gegen Langzeiterwerbslose usw. [10]. Entsprechend wird auch über die daraus entstehenden negativen psycho-sozialen Auswirkungen bei den Betroffenen geschwiegen, obwohl der Soziologe ansonsten detaillierte Fallbeispiele über das Verhalten und den Gemütszustand der „Unterschicht“ vorlegt. Aber all diese Dinge würden ja den makellosen Schein des „neuen Wohlfahrtsstaats“ trüben, der ja angeblich die Menschen endlich wieder „zu Herren über ihr Leben“ (ebd., 16) werden lässt, und damit nicht mehr in die geschönte Konstruktion des Soziologen passen.

Denn die „Ausgeschlossenen“ leiden nach Bude nicht so sehr an Armut und einer neuen staatlichen Repressions-, Lohndrückungs-, Überwachungs-, Rentensenkungs-, Kontroll- und Prekarisierungspolitik, sondern, wie es inzwischen die „neue Mitte“ in den ihr hörigen Medien täglich verbreitet, „darunter, dass ihnen Zugänge verwehrt

werden, dass sie Missachtung erfahren und dass sie vom Gefühl der Unabänderlichkeit und Aussichtslosigkeit gelähmt sind. Die Soziologie hat dafür einen neuen Begriff geprägt: Es geht nicht allein um soziale Ungleichheit, auch nicht nur um materielle Armut, sondern um soziale Exklusion. Der Bezugspunkt dieses Begriffs ist die Art und Weise der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, nicht der Grad der Benachteiligung nach Maßgabe allgemein geschätzter Güter wie Einkommen, Bildung und Prestige.“ (ebd., 13; Herv. C.G.) Es verwundert dann auch nicht mehr, wenn Bude auf dieser erfindungsreichen wie feinsinnigen Soziologenkategorie der „sozialen Exklusion“, die sicher unzählige und karrierefördernde Forschungsprojekte und Buchveröffentlichungen hervorbringen wird, anschließend gegen den relativen Armutsbegriff polemisiert. Danach ist es mit der Armut so eine Sache. Denn eine wirkliche Armut gibt es nicht oder kaum mehr, deswegen wird diese durch den soziologischen Neusprech der fehlenden „Zugangschancen“ (bzw. Exklusion) ersetzt, die das „Gefühl der Unabänderlichkeit und Aussichtslosigkeit“ hervorbrachte [11] Damit wird, um die sozioökonomische Bedeutung der stetig größer werdenden Reichtumpolarisierung als belanglos hinzustellen, bewusst verhüllt, dass die „Zugangs- und Teilhabemöglichkeiten“ der Menschen in einer ökonomisierten bürgerlichen Welt unmittelbar von der Verfügung über Geld abhängen [12]: „Auch ist Armut ein relativer Begriff. Wenn man (...) arm diejenigen nennt, die weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung haben, wächst mit dem Reichtum der Reichen automatisch die Armut der Armen.“ (ebd., 14; Herv. C.G.) [13] Als Soziologe sollte man wissen, dass auf diese plumpe Art und Weise, wie Bude hier behauptet, nicht das Durchschnittseinkommen errechnet wird, aber auf Tatsachen kommt es ihm offensichtlich nicht mehr an. Später wird diese „sachliche“ Argumentation noch erweitert, wenn es heißt: „Freilich bedeutet Einkommensarmut – immer bezogen auf die Entwicklung der durchschnittlichen Einkommen – nicht unbedingt Armut der Lebensverhältnisse. So haben sich die Wohnverhältnisse, was Größe, Ausstattung und Zustand der Wohnungen anbelangt, kontinuierlich verbessert. (...). Paradox ausgedrückt: Die Armut wächst, aber den Leuten geht es besser.“ (ebd., 38; Herv. C. G.) Mit dieser Logik führt man den relativen Armutsbegriff ad absurdum. Denn es ist völlig klar und eine Binsenweisheit, dass sich in den letzten Jahrzehnten der Lebensstandard erhöht hat [14], aber darum geht es beim relativen Armutsbegriff nicht. Darüber hinaus muss der Soziologe bei seinen umfassenden Forschungen über die >soziale Exklusion< irgendwann die letzten empirischen Untersuchungen zur Entwicklung des Anstiegs der Armut in diesem Land verpasst haben, denn er schreibt: „Nicht einmal die konjunkturell schwankende Arbeitslosenquote schlägt sich direkt in einem entsprechenden Verlauf der Armutsquote nieder.“ (ebd., 38; Herv. C. G.) Dies dürfte allerdings seit der „Hartz IV-Reform“ nicht mehr zutreffen, die die Kinderarmut

über Nacht verdoppelte. Aber darüber, wie über die rasante Ausdehnung des Niedriglohnsektors in den letzten Jahren, verliert der Autor selbstredend kein Wort.

7. Der Autor kommt infolge seiner falschen gesellschaftlichen „Konkretheit“ (H. Marcuse) auch gar nicht auf den Gedanken, zu überprüfen, ob sich nicht hinter dieser von ihm unhinterfragt übernommenen Propaganda der Hartz-„Reformen“ herrschaftliche Interessen der Macht- und Konzernelite verbergen, die nicht nur die Profitrate auf Kosten der Bedürftigen und Lohnabhängigen weiter erhöhen, sondern auch das politische Kräfteverhältnis strukturell zu ihren Gunsten verschieben wollen, in dem insbesondere die Gewerkschaften entscheidend geschwächt werden. Insoweit ist das politische Ziel der neoliberalen Politik die bewusste Schaffung einer „Unterschicht“, genauer einer menschlichen Manövriermasse (oder: „industrielle Reservearmee“, wie dies Marx auf den Punkt brachte), die den politischen Zweck hat, die allzu frechen Lohnabhängigen und Gewerkschaften in ihre Schranken zu weisen, da sie den Herrschaftsanspruch und Handlungsfreiheit der Konzerne, Unternehmen und Vermögensbesitzer beschränken. Aber dies kann und will der Soziologe gar nicht denken. Denn er geht stillschweigend davon aus, dass alle Beteiligten ein gemeinsames Interesse besitzen, nämlich: die gesellschaftliche Integration der Menschen. Und dieses absurde wie frei erfundene Interesse „der Gesellschaft“ unterstellt der Soziologe auch der rot-grünen Agenda 2010 und damit den „Arbeitsmarktreformen“ namens Hartz I bis IV. In diesem Sinne bemängelt der Verfasser daher nur eine zu niedrige Effizienz des „neuen Typus“ von „Wohlfahrtsstaat“, weil dieser voraussichtlich nur unvollkommen funktionieren wird, da nicht alle Menschen mit den modernen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt mithalten können oder wollen: „Das Programm der Aktivierung und Mobilisierung erzeugt unweigerlich eine Restkategorie von Menschen, die sich trotz aller Angebote und Anreize nicht aktivieren und mobilisieren lassen. (...) Weiterqualifikation oder Umschulung werden als sinnlos erachtet. Das sind die Ausgeschlossenen des neuen Wohlfahrtsstaats. Ohne schlechtes Gewissen kann am Ende gesagt werden: Wir haben doch alles probiert, aber die können und wollen einfach nicht.“ (ebd., 28; Herv. C.G.)

Nur in diesem eingeschränkten Sinne macht Bude den „neuen aktivierenden Wohlfahrtsstaat“ zu einer „Ursache für sozialen Ausschluss“ (ebd., 27). Ansonsten behauptet der Autor entgegen allen empirischen Belegen über die Wirkungslosigkeit der von den Neoliberalen angepriesenen >Hartz-Reformen< trotz ihres ausbleibenden Erfolg: Denn die Politik „hat sich von der Überzeugung verabschiedet, der Staat könne die Folgen wirtschaftlicher Veränderungen mitgestalten – und tatsächlich geht es auf dem Arbeitsmarkt bergauf“ (so heißt es treffend auf dem



Buchumschlag; Herv. C.G.). Schließlich kann die entscheidende Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit nur an der angeblich sozialstaatlich erzeugten >Passivität< und „Kultur der Abhängigkeit“ der Erwerbslosen liegen. Die Beseitigung dieses sozialstaatlichen Übels garantiert in dieser neoliberalen Weltsicht automatisch den Erfolg.

8. Es muss daher nicht überraschen, wenn H. Bude auf der Grundlage seines Erklärungsmodells die aus der neoliberal-konservativen Weltanschauung stammende Begrifflichkeit „Unterschichtenfernsehen“ (ebd., 18 u. 124) unhinterfragt verwendet [15]. Dabei handelt es sich um einen neoliberalen Kampfbegriff, der vor allem dazu dient, die so genannten bildungsfernen Schichten, die meistens mit Hartz IV-Empfänger gleichgesetzt werden, für ihre soziale Lage allein verantwortlich zu machen. Als erster benutzte der neoliberal-konservative Geschichtswissenschaftler Paul Nolte den Begriff des „Unterschichtenfernsehens“, um so bildlich der >Unterschicht< mangelnden sozialen Aufstiegs- und Bildungswillen zu bescheinigen, was das Resultat der großzügigen sozialstaatlichen Unterstützung wäre. Gleichzeitig wird damit die wachsende Reichtumpolarisierung legitimiert. Denn in dieser Weltsicht kommt Reichtum allein durch Leistung und Armut durch Leistungsverweigerung zustande. Folglich ersetzt so das Gerede vom individuellen Leistungs- und Aufstiegswillen die politische Frage nach der gerechten Reichtumsverteilung bzw. Reichtumsumverteilung. Auch bei Bude wird das neoliberal-konservative Bild einer klassenlosen „Leistungsgesellschaft“ gezeichnet. Demzufolge kommt es vor allem auf die Fertigkeiten, Motivation, Selbstverwertung und Selbstoptimierung des einzelnen an, kurzum, jeder ist ein „Selbsternehmer“: „Insofern haben die Verfechter des homo oeconomicus schon Recht: Das Individuum ist nicht einfach Abbild der Gesellschaft, sondern immer auch Ausdruck seiner Strategien, Kalkulationen und Entscheidungen. Man muss zu dem werden, was man ist. Dabei hängt viel davon ab, worauf man setzt, was man versteht und wie man sich gibt.“ (ebd., 30; Herv. C.G.) Kein Wunder, dass Bude den neuen Typus des Wohlfahrtsstaats der „Leistungsgesellschaft“ begrüßt, weil dieser „Eigenaktivität prämiert und die Selbstverantwortung einfordert“ (ebd., 28; Herv. C.G.). Im übrigen scheint die eben zitierte Binsenweisheit des Autors, dass das „Individuum (...) nicht einfach Abbild der Gesellschaft (ist)“, offenbar nicht mehr zu gelten, wenn es um die „Ausgeschlossenen“ geht. Schließlich hat sich die „Unterschicht“ im „alten Sozialstaat“ eingerichtet, ist deshalb ohne „Hoffnung“ und Antrieb, vor allem leiden die Ausgeschlossenen ohne Ausnahme an der „sozialen Exklusion“: „Die Menschen, die man in Billigmärkten für Lebensmittel trifft, wirken abgekämpft vom täglichen Leben, ohne Kraft, sich umeinander zu kümmern oder aufeinander zu achten, und lassen gleichwohl keine

Anzeichen von Beschwerdeführung oder Aufbegehren erkennen. Die Jugendlichen hängen herum und warten darauf, dass etwas passiert, (...) Es herrscht eine Atmosphäre abgestumpfter Gleichförmigkeit. Hier leben Menschen, die sich daran gewöhnt haben, wenig zu besitzen, wenig zu tun und wenig zu erwarten.“ (ebd., 10) „Der Körper wird so zum Signal für den sozialen Ausschluss. Untergründig entwickelt sich eine Physiognomie der sozialen Klassen, die von der körperlichen Erscheinungsweise auf Motivierbarkeit, Belastbarkeit und Brauchbarkeit schließt. Das dicke trotzige Mädchen, der fette phlegmatische Junge gelten als Charaktere leib-expressiven Selbstausschlusses. Trägheit, Schläfrigkeit, Schwerfälligkeit werden zu körperlichen Metaphern des sozialen Überschusses. (...) Der Mangel an Selbstbeherrschung, eine Spur der Verwahrlosung, (...), Zeichen dieser Art sind schnell gefunden. So wird am Körper die variable Unterscheidung von Drinnen und Draußen gemacht. (...) Ein festgestelltes Handicap ruft den sorgenden Sozialstaat auf den Plan, der in diesem Fall dem Bedürftigen Beistand leistet.“ (ebd., 111f.) Die vom Autor bekannte abwertende Sichtweise auf die sozialstaatlichen „Fördermaßnahmen, Sonderbehandlungen und Versehrtheitsprämien“ wird weiter ausgemalt und mit einem Schuss Zynismus gewürzt, wenn er hinzufügt, dass es sich für einen „Ausgeschlossenen“ „als eine fürs Überleben dienliche Cleverness (erweist), sich einen wie auch immer gearteten Behindertenstatus zuzulegen.“ (ebd., 112; Herv. C. G.) Es dürfte kaum ein Zufall sein, dass hier alle Aspekte ausgeschlossen wurden, die in dieses grobe Raster über die „Unterschicht“ und „Erwerbslosen“ nicht passen: Sie sind hinterhältig, faul, träge, heruntergekommen, gierig, unmotiviert, kränklich, dick usw. Hier wird ein klischeehaftes Bild gezeichnet, wie man es aus der neoliberalen Aufbereitung für die Medien und Talkshows inzwischen hinreichend kennt und die nun Bude sprachlich elegant und passend zu seiner Darstellung über den „alten Sozialstaat“ samt angeblicher „Verfestigung von Wohlfahrtsabhängigkeit“ komprimiert wiederholt. Diese eindimensionale wie selektive Beschreibung dürfte nur einen Teil der sozialen Lebenssituation der >Ausgeschlossenen< gerecht werden [16]. Dafür passt sie aber perfekt zur neoliberalen Untergrundmusik des Buches. Des Weiteren fügt sich diese Klischeebeschreibung zu reibungslos in den oben vom Autor dargestellten Exklusionsbegriff ein: Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass die „Unterschicht“ in die vom Soziologen vorgegebene Schablone namens soziale Exklusion mit Gewalt gepresst wurde, damit >Empirie< und „Theorie“ nicht auseinanderfallen [17].

9. Später relativiert Bude seine Behauptung über die stets gegebenen sozialen Aufstiegsmöglichkeiten für jedermann. Denn er stellt plötzlich fest, dass laut PISA eine „Fortschreibung der sozialen Vererbung durch Bildung“ bzw. durch das selektive Schulsystem existiert (ebd., 41ff.). Jedoch wird nun von Bude nicht die Selektion im

Schulsystem an sich kritisiert, denn vielmehr heißt es: „Das Anstößige dieser Selektion besteht darin, dass sie sich in gewissem Umfang unabhängig von der tatsächlichen Schulleistung vollzieht. Dafür ist ein Komplott aus Elternwünschen und Lehrerinnenempfehlungen verantwortlich.“ (ebd., 42) Nun sind vor allem die Eltern der so genannten bildungsfernen Schichten schuld daran, dass ihre Kinder nicht einen höheren Bildungsabschluss erhalten, weil sie es einfach nicht wollen. Schlussendlich lehnt der Soziologe die Forderungen nach Abschaffung der schulischen Selektion ab und entdeckt dabei die oben noch bei den bildungsfernen Zuschauern des „Unterschichtenfernsehens“ kritisierte Subjektivität als nun zu schützendes Gut vor zu viel Bildungsreformmeifer: „Wenn Bildung vornehmlich als Hebel zur Lösung sozialer Konflikte und nicht mehr als Ausdruck einer vielstimmigen und vielgestaltigen Gesellschaft voller Missstimmung, Unbehagen und Abgrenzungen verstanden wird, dann hat eine technokratische über die liberale Gesellschaftsauffassung gesiegt. Es geht um den Wahn einer schulischen und erzieherischen Abschaffung von sozialem Ausschluss. Die Widerständigkeit der Betroffenen, ihre Eigenständigkeit als Subjekte und ihr Anspruch auf Subjektivität kommt in diesem Denken nicht mehr vor.“ (ebd., 105)

An anderer Stelle wird indes vom Soziologen eingeräumt, dass angesichts der heutigen ökonomischen Dynamik ein Leistungs- und Behauptungswille nicht mehr vor dem sozialen Abstieg in die „Unterschicht“ schützt: „die soziale Stufenleiter ist überhaupt glitschiger geworden. Der Absturz scheint von überall möglich.“ (ebd., 33) Als Ursache für einen schnellen sozialen Absturz erwähnt Bude Hartz IV nicht, was aufgrund seiner Haltung zum „neuen Wohlfahrtsstaat“ nicht verwundert. Man möchte dem Autor außerdem zurufen, dass er doch auch mal einen Blick in die kritische Machteliten-Forschung werfen sollte [18]. Denn dort wird entgegen dem vom Autor verbreiteten liberal-konservativen Mythos über den individuellen „Leistungs- und Aufstiegswillen“ und der vielzitierten „Chancengleichheit“ belegt, wie wenig sich an den alt hergebrachten Mechanismen zur Reproduktion der kapitalistischen Klassen- bzw. Elitenstruktur verändert hat [19]. Derzeit wird dank der neoliberalen Politik der „Elitenförderung“ und der Prekarisierung diese Struktur der „liberalen“ und „offenen Gesellschaft“ (ebd., 19) nicht nur auf allen Ebenen restauriert, sondern verschärft.

10. Was schreibt der Autor über die Rolle der kapitalistischen Ökonomie, die zur Herausbildung einer „Unterschicht“ geführt hat? Er weist in seinen mageren Ausführungen darauf hin, dass einerseits die heutige Ökonomie eine unaufhaltsame Modernisierungsmaschine ist, die notwendigerweise massenhaft menschlichen Ausschuss produziert. Andererseits behauptet er, dass auch kein höheres

ökonomisches Wachstum, was sowieso nicht mehr zu erwarten wäre, die Arbeitslosigkeit beseitigen wird. Damit übernimmt Bude die aus der Wirtschaftswissenschaft bekannte Bestimmung der kapitalistischen Ökonomie als einen rein stofflich-technischen Entwicklungsprozess, der sich als vorgesellschaftliche und beständig ausdifferenzierende Arbeitsteilung darstellt. Entsprechend herrschafts- und politikfrei wird die Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie bestimmt, womit unter der Hand eine keynesianisch ausgerichtete Politik entsorgt wird; sie wird daher auch nicht an einer Stelle des Buches erwähnt. Schließlich würde dann sein Argumentationsgebäude wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen, wenn er eingestehen müsste, dass es wirtschaftspolitische Alternativen [20] zu dem von ihm verabsolutierten ökonomischen bzw. neoliberalen Status quo geben würde: „Aber auch der Glaube ans Wirtschaftswachstum als Allheilmittel für die Ausgeschlossenen hat sich verloren. Selbst wenn wir in Deutschland wieder Wachstumsraten wie in der „goldenen“ Nachkriegszeit von fünf und mehr Prozent erreichen würden, was nicht zu erwarten ist, würde die soziale Spaltung zwischen den Einbezogenen und den Entkoppelten nicht verschwinden. Im Gegenteil: Mit der Entfesselung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Produktivkräfte blieb immer ein Teil auf der Strecke, der aus Gründen mangelnder Kompetenz und unzureichender Motivation nicht mitkäme. Gerade ein rapider sozialer Wandel bringt eine Gruppe von Überflüssigen und Entbehrlichen hervor, die sich mehr oder minder zufällig am falschen Ort befinden, wo die alten Industrien niederbrechen (...). Die Wirkungen des Wirtschaftswachstums auf die Beschäftigungsentwicklung gestalten sich eben nicht linear, sondern sind durch eine bestimmte soziale Selektivität vermittelt, welche die einen gewinnen und andere verlieren lässt.“ (ebd., 17; Herv. C.G.)

Man kann machen, was man will, es ist halt so, lautet der auf einem soziologischen Objektivismus der Ökonomie aufgebaute Fatalismus von Bude, wenn er ausführt:

„Die Gruppe der Ausgeschlossenen wächst im Gefolge einer funktionalen Arbeitsteilung, die die wissensbasierte und dienstleistungsorientierte Facharbeit zum Normalmodell einer industriellen Hochproduktivitätsökonomie werden lässt. (...) Projektförmige Aufgabenbewältigung, flexible Spezialisierung und eigenverantwortliche Qualitätskontrolle lauten die Stichworte des neuen Arbeitsregimes. Selbst die Lagerarbeit ist keine einfache Tätigkeit mehr, (...), sondern verlangt aufgrund der informationellen Darstellung der betrieblichen Abläufe gewisse systemanalytische Kompetenzen. (...) Auf der einen Seite wächst die Nachfrage für motivierte, qualifizierte und inspirierte Arbeitskräfte und auf der anderen Seite verschärft sich die Bereitschaft zum Ausschluß einer unmotivierten, ungelernten und

unwissenden Bevölkerung. (...) Es ist also weniger die Deindustrialisierung als die Hyperindustrialisierung, die in Deutschland eine Population von Ausgeschlossenen hervorbringt.“ (ebd., 22f.; Herv. C.G.)

Die kapitalistische Ökonomie gilt hier als eine autistische Sphäre der technologischen Entwicklung und deswegen als unentrinnbare Schicksals- und Naturgewalt für die Menschen und Politik, weshalb sich jegliche Differenzierungen hinsichtlich politik-ökonomischer Steuerungs- und Beherrschungs- bzw. Unterwerfungsstrategien und -absichten erübrigen. Es ist daher beeindruckend, wie es der Soziologe schafft, mit keinem Wort auf die zahlreich praktizierten Methoden der neoliberalen Wirtschaftspolitik einzugehen, die in diesem Land die soziale und ökonomische Lage der meisten Lohnabhängigen prekarisiert und eine stetig größer werdende Anzahl von Menschen in die Armut und Arbeitslosigkeit getrieben hat: Neben dem Verzicht auf eine antizyklische Konjunkturpolitik gehört dazu die Ausdehnung der Leiharbeit und befristeter Arbeitsverträge, Mini-Jobs, Absenkung/Abschaffung des Kündigungsschutzes, Demontage von Schutzrechten, Abschaffung von Kriterien für zumutbare Arbeit für Erwerbslose, Senkung von Lohnersatzleistungen, Erhöhung der Arbeitszeit, Lohnsenkungen, Niedriglöhne, Scheinselbständige, Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Zulassung von Hedge Fonds, Unternehmenssteuersenkungen, Demontage der staatlichen Kranken- und Rentenversicherungen usw. Für all das soll offensichtlich für Bude nur die „industrielle Hochproduktivitätsökonomie“ verantwortlich sein.

11. Rekapitulieren wir zum Schluss das dürftige Erklärungsmodell über die Ursachen der Entstehung der „Ausgeschlossenen“ von Bude zum besseren Verständnis: Die kapitalistische Ökonomie wird zu einer vorgesellschaftlichen und vorpolitischen Sphäre erklärt, die eine andauernde Modernisierung der Arbeitsteilung aus sich selbst hervorbringt. Die sozialen Folgen, die diese Arbeitsteilung hervorruft, wollte man angeblich früher „durch eine erweiterte Integration der Gesellschaft“ auffangen, d.h. durch den Ausbau des „Wohlfahrtsstaates“. Damals herrschte zudem der über alle Klassen, Interessengruppen, Unternehmen und Parteien geteilte „Traum einer gerechten Gesellschaft“, der der Motor für soziale Reformen des „Wohlfahrtsstaates“ war. Dieser „Traum“ erwies sich jedoch als trügerisch, da dies zu einer „Züchtung einer Kultur der Abhängigkeit“ bei den undankbaren „Klienten“ führte und zudem wachsende „Finanzierungsprobleme“ verursachte. Damit wurde das „Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft“ offenbar. Infolgedessen war der Weg hin zu einem „aktivierenden und fordernden“ Wohlfahrtsstaat unausweichlich, um die Selbstverantwortlichkeit und Selbstaktivierung bei den Erwerbslosen bzw. der

„Unterschicht“ und den Lohnabhängigen wieder herzustellen, um sie so aus der Falle der „Kultur der Abhängigkeit“ hinauszuführen und damit in die Gesellschaft zu integrieren. Allerdings bedingt die inzwischen eingetretene „Hyperindustrialisierung“ ein bestimmtes Maß an struktureller Arbeitslosigkeit, sozialer Unsicherheit und den dauerhaften Ausschluss von Menschen (wegen mangelnder Kompetenz, Motivation und Selbstbeherrschung), die nur der eingeführte „aktivierende Wohlfahrtsstaat“ zu minimieren weiß.

Mit diesem Erklärungsmodell teilt H. Bude die neoliberale Weltanschauung und Programmatik über die Ökonomie und Gesellschaft. Jedoch unterscheidet er sich in einem Punkt wesentlich von den neoliberalen Ökonomen. Während letztere in dem Wirken des freien Marktes und dem Abbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme eine neue Phase der Freiheit, Wohlstandes und Vollbeschäftigung erblicken, sieht dagegen Bude angesichts der technologischen Modernisierungsschübe der politisch nicht zu steuernden Ökonomie ein nicht zu behebendes Problem der sozialen Integration: Denn diese hyperindustrialisierte Ökonomie muss notwendigerweise „Ausgeschlossene“ hervorbringen, die nicht mehr „gebraucht“ werden.

### **Fazit:**

In seinem Vorwort zu seinem Buch wollte der Autor den Leser aus der „Begriffsblindheit und Erfahrungleere im Blick auf unsere Gesellschaft“ hinauszuführen und betonte seine „Unvoreingenommenheit des soziologischen Blicks“, um zu zeigen, „was Sache ist“. Aus der hier aufgezeigten „Theorie-Konstruktion“ des Autors geht dagegen hervor, dass diese unter einer kategorialen Bewusstlosigkeit über die besondere soziale Qualität der kapitalistischen Ökonomie und Gesellschaft leidet. Dies hat zur Folge, dass er weder die besondere Verschränkung von Politik und Ökonomie noch die daraus folgenden Antriebskräfte der kapitalistischen Ökonomie und Gesellschaft bestimmen und in seiner Argumentation berücksichtigen kann. Daher ist es auch nicht verwunderlich, wenn er von allen Klassen-, Herrschafts- und Machtverhältnissen, einschließlich der daraus entspringenden Konflikte und Interessengegensätze, radikal abstrahiert und sie nicht zur Kenntnis nimmt. Mit diesem von allen konkret-historischen und politik-ökonomischen Bezügen befreiten Korsett kann man zwar der Öffentlichkeit die neoliberalen „Hartz-Reformen“ des Sozialstaates und das Abfinden mit der Existenz einer dauerhaft existierenden „Unterschicht“ schmackhaft machen, aber zur Erklärung der gesellschaftlichen Antriebskräfte, die zur Verarmung wie Prekarisierung immer größerer Teile der Gesellschaft führen, taugt diese auf einer frei erfundenen soziologischen Integrationsphantasie beruhende Konstruktion nicht. Aber als

ideologische Rechtfertigungsgrundlage für eine Politik der “neuen Mitte”, die nicht mehr über die ungleiche Verteilung des Reichtums sprechen will, weil man sich von jeden politischen Ansatz der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums (einschließlich einer keynesianisch orientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik) längst verabschiedet und diese durch eine sozial-politische Metaphorik der noch zu realisierenden “Chancen- und Leistungsgerechtigkeit” ersetzt hat, dient dieses Buch allemal.

---

[<<1] G, Anders 1964: Die Toten. Rede über die drei Weltkriege, in: Ders.1995: Hiroshima ist überall, München, S. 369

[<<2] Das Buch ist 2008 im Hanser Verlag erschienen. Über den Autor erfährt man dort, dass dieser Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung war und seit 2000 Professor für Makrosoziologie in Kassel ist.

[<<3] Dieses Buch scheint weitgehend auf positive Resonanz bei den Rezensenten gestoßen zu sein: „Bude hat den präzisen soziologischen Blick auf die Gesellschaft, und das unterscheidet seinen Text von vielen anderen, hebt ihn wohltuend ab. Er balanciert die genaue Beobachtung mit der analytischen Distanz, und so gelingen ihm in den einzelnen Kapiteln immer wieder Vignetten von gesellschaftstheoretischer Brillanz. Die Menschen auf dem Land in den neuen Bundesländern, die diversen Varianten von Alleinerziehenden, die Jugendlichen, die über 50-Jährigen und alle nicht unkündbar Beschäftigten werden uns als derzeit oder zukünftig irgendwie ausgeschlossen vorgestellt. Das Rundumhafte dieses Schlages gewinnt seinen Charme durch die Liebe zum Detail. Man liest gespannt und wartet, ob die eigene soziale Gattung nicht auch noch in diesem Zoo der Prekären auftaucht.“ ( R. Kreissl, in: [www.dradio.de](http://www.dradio.de)) Dagegen merkt G. Gillen immerhin noch kritisch an: „Heinz Bude zeichnet genau das erschreckende Bild einer zerfallenden Gesellschaft und trägt damit wesentlich zur Aufklärung über die Verhältnisse bei, in denen wir leben. Das macht sein Buch für die, die hinschauen wollen, äußerst empfehlenswert. Doch scheint der Fatalismus, den er den Ausgeschlossenen attestiert, auch ihn infiziert zu haben. Bude erzählt den Weg in die gesellschaftliche Agonie als Tragödie, aus der es keinen Ausweg gibt. Er bleibt in der Beschreibung der strukturellen Entwicklungen stecken. Doch diese Strukturen und die daraus resultierenden und zutreffend beschriebenen Verwerfungen verdanken wir der neuen totalitären Ideologie des Neoliberalismus, die Solidarität und Gemeinsinn diskreditiert.“ (G. Gillen in: [www.dradio.de](http://www.dradio.de))

[<<4] P. Bourdieu 2004: Gegenfeuer, Konstanz

[«5] Vgl. C. Girschner 2008: Hartz IV-Ökonomie: David Ricardo und die Wiederkehr frühkapitalistischer Herrschaftsmethoden des Liberalismus, in: [www.trend.infopartisan.net](http://www.trend.infopartisan.net), März-Ausgabe

[«6] Der Sozialstaat wird, wie dies schon der Ökonom David Ricardo vor bald zweihundert Jahren machte, zur Ursache der Arbeitslosigkeit und Verarmung erklärt, soweit ist die Arbeitslosigkeit nicht mehr eine Folge der politik-ökonomischen (Krisen-)Entwicklung. Auf dieser Ursache-Folge-Verkehrung beruht dann die weitere Argumentation der neoliberal-konservativen Ideologie.

[«7] H. Marcuse 1985: Der eindimensionale Mensch, Darmstadt, S. 125

[«8] Vgl. W. Hofmann 1971: Universität, Ideologie, Gesellschaft; Frankfurt/M., S.69f. Genauer formuliert: „Das Bedenkliche ist, dass die Statistiken, Messungen und Feldstudien der empirischen Soziologie und politischen Wissenschaft nicht rational genug sind. Sie werden in dem Maße zu etwas Mystifizierendem, wie sie von dem wahrhaft konkreten Zusammenhang isoliert werden, der die Tatsachen schafft und ihre Funktion determiniert. Dieser Zusammenhang ist größer und ein anderer als der der untersuchten Fabriken und Werkstätten, der behandelten Klein- und Großstädte, der Gebiete und Gruppen, über deren öffentliche Meinung befunden und deren Überlebenschancen berechnet wird. Und er ist auch wirklicher in dem Sinne, dass er die untersuchten, zurechtgestutzten und berechneten Tatsachen hervorbringt und determiniert. Dieser wirkliche Zusammenhang, in dem die besonderen Gegenstände zu ihrer wirklichen Bedeutung gelangen, ist bestimmbar nur innerhalb einer Theorie der Gesellschaft.“ H. Marcuse 1985, a.a.O., S. 204f.

[«9] Eine „Politik gegen (...) Märkte“ ist und war auch der Sozialstaat vor den Hartz->Reformen< nicht, wie dies hier Bude behauptet, ganz im Gegenteil: Nur für Neoliberale ist das so, da sie mit ihrer Verabsolutierung des betriebswirtschaftlichen Interesses makroökonomische und damit langfristige Zusammenhänge nicht mehr kennen und in ihrer ökonomischen Welt nicht mehr berücksichtigen können bzw. wollen.

[«10] Statt der von Bude angeführten >Eigenverantwortung< der Erwerbslosen hat die Hartz IV->Reform< vielmehr eine neue „Kultur der Abhängigkeit“ vom sogenannten >Fallmanager< >gezüchtet<. Vgl. Agenturschluss (Hg) 2006: Schwarzbuch Hartz IV, Berlin; G. Gillen 2004: Hartz IV, Reinbek; C. Girschner 2007: [Zur politischen Ökonomie der „Ein-Euro-Jobs“: ideologische und herrschaftliche Hintergründe](#), in: [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de), (21.08.2007)

[«11] Die politische Abwertung des Begriffs der relativen Armut und die damit verknüpfte



Frage nach der Reichtumsverteilung dokumentierte bereits der zweite Armuts- und Reichtumsbericht (2005) der >rot-grünen< Regierung. Dieser kann als wichtiger ideologischer Stichwortgeber bzw. Sprachhülsenfabrikant für die >neue Mitte< angesehen werden, dem der Soziologe Bude bedingungslos folgt, denn: „Im zweiten Bericht veränderte sich die Tonlage. Auch nach vier Jahren Rot-Grün waren die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden. Die Armutsquote stieg von 12,1 auf 13,5 Prozent der Bevölkerung. VerliererInnen waren vor allem Kinder, Jugendliche und Frauen. Beinahe jeder fünfte Jugendliche im Alter von 16 bis 24 Jahren gilt heute als arm (1998: 14,9 Prozent). Die Kinderarmut stieg von 13,8 auf 15 Prozent, die der Frauen von 13,3 auf 14,4 Prozent. (...) Unter den Arbeitslosen stieg die Armutsquote von 33,1 auf 40,9 Prozent. Der Armuts- und Reichtumsbericht benutzt übrigens den Begriff Armutsrisiko. Noch so eine Verschleierung: Ein Armutsrisiko von 40,9 Prozent, das klingt halt weniger dramatisch als 40,9 Prozent Arme. (...) Diese bestürzende Bilanz konnte Rot-Grün keiner Vorgängerregierung in die Schuhe schieben. Deswegen ist der zweite Armuts- und Reichtumsbericht sichtbar bemüht, die zunehmende Armut zu relativieren und kleinzureden. Er läutet zugleich einen Wechsel im sozial-staatlichen Leitbild ein. (...) Das neue Konzept rückte sogenannte Verwirklichungschancen in den Mittelpunkt: >Armut ist dann gleichbedeutend mit einem Mangel an Verwirklichungschancen, (...)<, heißt es im zweiten Bericht. Diese Chancen verortet der Bericht in politischer Beteiligung und Mitbestimmung, im Zugang zu Arbeitsmarkt, Bildung und Gesundheitswesen, im Wohnen, in der Infrastruktur für Kinderbetreuung und in sozialer Sicherheit. Materielle Umverteilung und eine Politik der Statussicherung seien bei dem Versuch, Teilhabe und Verwirklichungschancen bereitzustellen, zunehmend an ihre Grenzen gestoßen, heißt es. (...) Wenn arme Menschen nur noch individuell dazu befähigt werden sollen, Chancen zu ergreifen und Herausforderungen zu bewältigen, werden die gegenseitige Bedingtheit von Armut und Reichtum und die gesellschaftlichen Ursachen (...) ausgeblendet. (...) Man kann es drehen und wenden, wie man will: Lebenschancen hängen am Geld. Deswegen müssen Armut und Reichtum auch weiterhin im Zusammenhang gesehen werden. Im ersten Armuts- und Reichtumsbericht war das noch der Fall. (...) Im zweiten Bericht wird mit der Betonung der Verwirklichungschancen subtil eine Art Schuldprinzip eingeführt. Der Staat könne Chancen eröffnen. >Aber jede und jeder Einzelne entscheidet darüber, ob sie oder er die Chancen nutzt.< Wer das nicht tut, hat eben Pech gehabt. Und von der Kritik, gebotene Chancen nicht zu nutzen, bis zum Vorwurf des >Sozialschmarotzers< ist es dann nicht mehr weit.“ (D. Beck/H. Meine 2007: Armut im Überfluss, Göttingen, S. 171ff.)

[<<12] Es geht bei Bude nicht mehr um Armut in ihren vielschichtigen Facetten und um die Verteilung des realen Reichtums in der Gesellschaft, sondern um „soziale Exklusion“ bzw. gesellschaftliche Integration. Und diese hat vor allem viel mit „Gefühl“ und „Chancen“ zu

tun, ist im Gegensatz zur harten Faktenlage der Reichtumsverteilung also sehr beliebig anwendbar und interpretierbar. Die Kategorie der sozialen Exklusion (bzw. fehlende Integration) ist allerdings hinsichtlich der sozialen Qualität wie des gesellschaftlichen Inhalts völlig unbestimmt und reduziert sich auf den inhaltsleeren Selbstzweck, dass die Menschen an sich in die Gesellschaft (welche?) integriert (wozu?) sein müssen. Wenn dies nicht hinreichend gelingt, dann liegt für die Soziologie ein gesellschaftlich zu behebender Sozialdefekt vor, an dem die Betroffenen >leiden müssen<, während die Gesellschaft dadurch ihre Ordnung und damit Funktionsweise verlieren könnte. Zudem besitzt der Exklusionsbegriff den unschlagbaren Vorteil, nämlich ganz und gar kompatibel mit der Sozial- und Bildungspolitik der >neuen Mitte< (genauer: >Verteilungsgerechtigkeit< wurde hier als sozialpolitisches Ziel durch Schaffung von >Chancengerechtigkeit< und >Zugangschancen< ersetzt) zu sein: „Soziale Exklusion dagegen ist weder auf gesellschaftliche Benachteiligung zu reduzieren noch durch relative Armut zu erfassen. Sie betrifft vielmehr die **Frage nach dem verweigerten oder zugestandenen Platz im Gesamtgefüge der Gesellschaft. Sie entscheidet darüber, ob Menschen das Gefühl haben, dass ihnen Chancen offen stehen und dass ihnen ihre Leistung eine hörbare Stimme verleiht, oder ob sie glauben müssen, nirgendwo hinzugehören, und dass ihnen ihre Anstrengung und Mühe niemand abnimmt.**“ (Bude a.a.O., S.14; Herv. C.G.)

Ich sehe schon, irgendwann wird diese Art von Soziologie den Deutschen Bank-Chef J. Ackermann, sollte er mal als Manager abgesägt werden, unter der Kategorie der sozialen Exklusion führen, da er das „Gefühl“ entwickeln könnte, dass ihm keine „Chancen offen stehen“ und „nirgendwo“ mehr hinzugehört. So absurd ist der Gedanke nicht: Es sind in der Regel die „Reichen und Superreichen“ (F. Lundberg), die sich von der Gesellschaft mit Hilfe von Villen, privaten Sicherheitsdiensten, Luxusjachten, Mauern, Privatjets etc. von der Gesellschaft abschotten. Diese wollen als >Ausgeschlossene< eben nicht, dass im Gegensatz zur >Unterschicht< die Struktur ihres Privatlebens und Lebensstils bekannt, geschweige untersucht und damit möglicherweise publiziert bzw. kritisiert wird. Die Soziologie hat diesen herrschaftlichen Wunsch stets respektiert, weil ja in ihrer eindimensionalen Weltsicht nicht die Reichen/Machtelite die >soziale Integration< stören und gefährden, sondern die Unterworfenen, Bedürftigen und Verlierer der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft, die gegenüber dem Staat alles offen legen müssen, damit den Soziologen einen vollständigen empirischen Zugriff auf ihre Lebenssituation ermöglichen. Sollte sich dagegen doch einmal ein Soziologe bei den Reichen und Superreichen verirren, kann er sicher davon ausgehen, dass diese ihre Wachhunde auf ihn hetzen werden. Sowieso bleibt deshalb der Reichtum der Reichen ein wenig erforschtes Gebiet: „Die offensichtlichen Defizite der amtlichen Statistik hinsichtlich der Einkommens- und Vermögensverteilung sind bekannt und unstrittig. Seit Jahren wird von interessierten Sozialwissenschaftlern die Verbesserung der Datenbasis verlangt, (...). Bislang ist der Gesetzgeber dem nicht

nachgekommen. Zu vermuten ist, dass die Bundestagsmehrheiten sich scheuen, die wirklichen Reichen zu verpflichten, ihren Reichtum offenzulegen. (...) Mit diesen Missstand haben sich, so scheint es, auch die Sozialwissenschaften abgefunden. Zwar wird stets auf Lücken und Unsicherheiten der statistischen Daten verwiesen, aber dabei bleibt es auch. Es fehlt an Versuchen, Umfang und Struktur der nicht erfassten und verschwiegenen hohen Einkommen und großen Vermögen annähernd zu bestimmen, sei es auch mit unkonventionellen und indirekten Methoden. (...) Offenbar ist diese >Elite< sich ihrer Fähigkeit bewusst, der Politik wirksame Schranken zu setzen. Und das wissen auch die Politiker. Nichts anderes meint der Begriff herrschende Klasse.“ (J. Bergmann 2004: Reichen werden reicher, in: Leviathan 2, S.192 u. 199)

[<<13] Bude argumentiert hier auf einer Weise, wie ich dies bislang nur vom ehemaligen BDI-Chef Olaf Henkel gehört hatte: >Armut gibt es nicht<, allerhöchstens als statistisches Kunstprodukt. Übrigens kann der Autor auf dieser Grundlage nicht mehr erklären, wie es kommt, dass die Armutsgrenze im 2. Armuts- und Reichtumsbericht noch bei 938 Euro lag, dagegen fiel diese im 3. Armuts- und Reichtumsbegriff um 157 Euro auf 781 Euro, obwohl gleichzeitig die „Reichen reicher“ geworden waren (vgl. J. Bischoff 2008: Soziale Spaltung, in: Sozialismus Nr. 6).

[<<14] „Die Besonderheit“, dies wusste durchaus ein Soziologe früher mitzuteilen, „der sozialstrukturellen Entwicklung in der Bundesrepublik ist der >FahrstuhleffektKlassengesellschaft< wird insgesamt eine Etage höher gefahren. Es gibt – bei allen sich neu einpendelnden oder durchgehaltenen Ungleichheiten – ein kollektives Mehr an Einkommen, Bindung, Mobilität, Recht, Wissenschaft, Massenkonsum.“ (U. Beck 1986: Risikogesellschaft, Frankfurt/M., S. 122)

[<<15] Diese denunziatorische Begrifflichkeit wird nicht mehr einmal in Anführungszeichen gesetzt (und nicht in Beziehung mit der Einführung des Privatfernsehens gebracht). Man kann davon ausgehen, dass es sich hierbei um eine abschätzige Distanzierungsmethode der >neue Mitte< handelt, die auch Bude erwähnt, aber leider nicht auf seine eigene Argumentation anwendet: „Die Mitte ist von der Angst besessen, dass man sich überall anstecken könnte. Es handelt sich um eine Krankheit, die ebenso als Teil der inneren Natur angesehen werden muss wie die Gesundheit.“ (ebd., 117) Denn, hier lässt sich der Autor zu einer Erkenntnis über die kapitalistische Ökonomie hinreißen, die er sonst wie der Teufel das Weihwasser meidet, die „Renditeerwartungen des Kapitals lassen keinen Bereich aus und deshalb bieten weder Leistung noch Loyalität Schutz. Im Zweifelsfall triumphieren Käuflichkeit, Servilität und Prostitution über Einsatz, Dienst und Stolz. Der Hauptsatz der Statuspanik lautet: In Zeiten des Turbokapitalismus kann es jeden treffen.“ (ebd., 117f.). Nebenbei frage ich mich, wie denn das >Mittel- und Oberschichtenfernsehen< aussieht:

Solch >niveausetzenden< Sendungen wie Sabine Christiansen bzw. Anne Will oder Tagesschau? (vgl. W. van Rossum 2007: Die Tagesshow. Wie man in 15 Minuten die Welt unbegreiflich macht, Reinbek b. Hamburg; Ders. 2004: Meine Sonntage mit >Sabine Christiansen<. Wie das Palaver uns regiert, Reinbek. b. Hamburg)

[<<16] Vgl. F. Schultheis/K. Schulz (Hg) 2005: Gesellschaft mit begrenzter Haftung, Konstanz; G. Goettle 2000: Die Ärmsten. Wahre Geschichten aus dem arbeitslosen Leben, Frankfurt/M. Dem früheren neoliberalen „Bild von der >saturierten Mitte< wird oft das Bild eines ebenso undifferenzierten, flächendeckenden Trends zur Herausbildung einer >neuen Unterklasse< entgegengehalten, in der sich Tendenzen der Dequalifizierung, Verarmung, Anomie, Flexibilisierung am Arbeitsplatz, Fremdbestimmung und Auflösung sozialer Beziehungen zu einem Bild verdichten, das den Verelendungsszenarios des frühen 19. Jahrhunderts nahe kommt. Die Menschen erscheinen dann, wie im neoliberalen Szenario, als passiv leidende Agenten, denen nichts anderes übrig bleibt, als den neuen Anforderungen zu genügen (...).“ Dieses neoliberale Szenario vergisst, „dass die große Mehrheit der Arbeitnehmer seit langem nicht mehr aus ohnmächtigen, gering qualifizierten, nur materiell interessierten und demoralisierten Proletariern besteht, sondern aus differenzierten, gut qualifizierten Milieus, die ihre Rechte kennen - und verteidigen.“ (M. Vester 2005: Der Wohlfahrtsstaat in der Krise. Die Politik der Zumutungen und der Eigensinn der Alltagsmenschen, in: F. Schultheis/K.Schulz: Gesellschaft mit begrenzter Haftung, Konstanz, S.26ff.).

[<<17] Entsprechend fehlt bei Bude z.B. jeder Hinweis nicht nur auf Demonstrationen und Proteste gegen Hartz IV durch die >Ausgeschlossenen<, sondern auch auf die Klagewelle gegen die Hartz IV-Behörden bzw. gegen Teile von Hartz IV, die Weigerung Ein-Euro-Jobs oder Niedriglohnjobs anzunehmen, den individuellen Gewalt- oder Wutausbrüchen gegenüber Behördenmitarbeitern, die unendlichen Versuche der Erwerbslosen behördlich verwehrte Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen zu bekommen usw. All dies und vieles andere passt nicht in die von Bude vorgegebene Schablone der trägen, abhängigen, passiven, verwahrlosten >Ausgeschlossenen<. Es ist ja gerade dieses nicht von der Machtelite erwartete Verhalten der >Ausgeschlossenen<, das die Politik und Medien sprichwörtlich auf die Palme bringen. Entsprechend wird gehandelt: Hetzkampagnen gegen Erwerbslose, manipulierende und verdummende Fernsehsondersendungen und Zeitungsberichte bzw. Kommentare zu Anti-Hartz-Demonstrationen, Gesetze und Ausführungsbestimmungen zu Hartz IV werden inzwischen monatlich verschärft, den Zugang zu Gerichten und die Inanspruchnahme der Prozesskostenhilfeunterstützung soll bzw. wurde schon eingeschränkt usw. So sieht eben der von Bude begrüßte >neue Wohlfahrtsstaat< aus.

[«18] Vgl.: M. Hartmann 2002: Der Mythos von den Leistungseliten, Frankfurt/M.; Ders. 2007: Eliten und Macht in Europa, Frankfurt/M.; H.J. Krysmanski 2004: Hirten & Wölfe, Münster; Ders. 2007: Wem gehört die Europäische Union, in: S. Wagenknecht (Hg): Armut und Reichtum heute, Berlin; Ders. 2007: Die Reichen von Heiligendamm, in: [www.hjkrysmanski.de](http://www.hjkrysmanski.de)

[«19] All das unterstreicht die Richtigkeit jenes Resümees, das Bottomore bereits vor fast vier Jahrzehnten gezogen hat, >dass es der Oberklasse ... gelungen ist, die Angriffe auf ihre wirtschaftlichen Interessen recht erfolgreich abzuwehren und sich in unserem Jahrhundert in dem Sinn als herrschende Klasse zu behaupten, dass sie die Macht besitzt, ihre Interessen zu verteidigen.< Er fügt dann noch die Bemerkung hinzu: >Was sich in den demokratischen Ländern bis heute allem Anschein nach vollzogen hat, ist weniger eine Machtminderung der Oberklasse als eine Milderung des Radikalismus der Arbeiterklasse.< (...). Mit dem ständigen Verweis auf das Prinzip der >Leistungsgerechtigkeit< werden nicht nur die entscheidenden Karrierevorteile, die Bürgerkinder aufgrund ihrer Herkunft besitzen, vollkommen ignoriert, sondern es wird zugleich versucht, die daraus resultierenden, immer krasser werdenden Unterschiede in Macht und Einkommen öffentlichkeitswirksam zu legitimieren. Es geht also im Kern um nichts anderes als das, was Bottomore die Verteidigung der Interessen der >Oberklasse< nennt.“ (M. Hartmann 2004, a.a.O, S. 180f.)

[«20] Dies muss sich nicht auf eine alternative Wirtschaftspolitik beschränken, sondern beinhaltet auch die Möglichkeit für eine alternative Wirtschaftsordnung, was heutzutage viel zu selten diskutiert wird, dazu: H. Conert 1999: Alternative Wirtschaftspolitik - alternative Wirtschaft, in: Sozialismus, Nr. 9; vgl. M Szameitat 2008: Kapitalismus, Krise & Keynes, in: Lunapark 21, Nr. 2, S. 37ff.